der Schwäche und des Unvermögens, die Schlagkraft der Roten Armee zu überwinden. Das deutsche Proletariat, die klassenbewußte Arbeiterschaft, darf deswegen nicht faul die Hände in den Schoß legen und zusehen, wie unsere konterrevolutionären Kreise ihre Absichten und Pläne aushecken, sondern hat ohne Führerhilfe mit revolutionärem Elan die Revolution bei uns weiterzutreiben, zu entwickeln und jede Gelegenheit zu benutzen, Rußland praktische Hilfe im Klassenkampf gegen das internationale Weltkapital zu leisten, auch durch Aufnahme eines Kampfes gegen die Polen-Bourgeoisie und ihren Söldnern. Darum Proletarier, seid auf dem Quivive.

Die letzten Ereignisse zeigen wieder dann al, wie wenig man den bürgerlichen Meldungen glauben darf, die lieber heut als morgen den Untergang Sowjet-Rußlands herbeiwünschen. Noch waren alle Zeitungen voll von Gerichten über den Sieg der russischen Gegenrevolution, als auch prompt bekannt wird, daß die polnische Offensive trotz weitgehender Unterstützung durch die Entente, insbesondere Frankreich, umschlägt in eine russische Offensive, bei der die Armeen der polnischen Kapitalisten nicht nur geschlagen, sondern völlig aufgerieben werden. Die zweite polnische Armee ist außer Gefecht gesetzt. Der Rückzug der 3. Armee ist nichts anderes als verzweifelte Flucht, deren Hauptleistung noch in der Vernichtung der Lager und Depots besteht. Der russische Vormarsch zerstört alle feindlichen Fronten. Nicht nur die polnische, die nunmehr 20 km östlich Wilna-Grodno verläuft auch die rumänische und finnische. Die Rumänen haben die Dnjestr-Linie und Tiraspol den Russen überlassen, die Finnen ziehen ihre Truppen aus Ostkarelien nach Finnland zurück.

Deutscher Proletarier, glaubst Du, daß Sowjet-Rußland eine Leiche ist?

A. B. W.

Deutschland, die neue wirtschaftliche Kolonie der Entente.

Die bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Blätter fühlen sich sehr gehoben, weil die Entente Deutschland wieder einige Ehren erweist: anstelle der Geschäftsträger werden wieder „wie früher" Botschafter nach Berlin geschickt, und die Wirtschafts-Konferenz in Spaa wird auch deutsche Vertreter anhören. „Es wird alles wie es war" denkt der Bürger und raucht zufrieden seine Importe.

In Wirklichkeit sieht es etwas anders aus. Oder sollte es Zufall sein, daß der englische Botschafter, ein alter Finanzmann ersten Ranges, aus der Praxis der „Bank von England" stammend, vor dem Krieg die „Dette Ottomane" leitete, jene Organisationen, die all ihr Dichten und Trachten auf die Lösung der einen Frage konzentrierte: Wie schlägt der englische Staat, wie schlägt die englische Bourgeoisie auf möglichst lautlose Weise aus der Türkei die möglichst großen Summen heraus? Sollte das nicht vielmehr heißen, daß man erst an der Ausbeutung der Türkei hat lernen müssen, rein wirtschaftlich ein Land zu okkupieren und eine Bevölkerung „auf friedlichem Wege" zur puren Lohnsklaverei herabzudrücken, um nun für Deutschland die ausprobierten Methoden parat zu haben? — Sollte es ferner Zufall sein, daß der französische Botschafter Charles Laurent Aufsichtsratsmitglied einer großen Zahl von industriellen Unternehmungen ist und Leiter der „Compagnie Française Thompez", der „französischen A. E. G.? Und welches ist der Sinn der Konferenz von Spaa? Das „Journal des Debats", das Organ Millerands schreibt: Die deutsche Staatshoheit kommt mit der Konferenz in Spaa unter die Aufsicht der Alliierten, um die Verschleuderung deutschen Volksvermögens zu verhindern. Zu dieser Verschleuderung zählen die Alliierten an erster Stelle die deutsche Arbeitslosenunterstützung, die bisher 10 Milliarden Mark verschlungen hat.

Fängt der Arbeiter jetzt an zu begreifen, warum sich die bürgerlichen Blätter so gekränkt fühlen von den neuesten Schritten der Entente? Die Sache liegt so: Der deutsche Kapitalist schließt mit dem Entente-Kapitalisten einen stillschweigenden Vertrag, wobei einer sich am andern bereichert, aber der Profit für beide aus der geduldigen Eselshaut des deutschen Proletariers herausgeschunden wird. Und die Firma dieses Kompaniegeschäfts heißt: „Deutschlands Gleichberechtigung"! Die mehrheitssozialistischen Blätter müssen schon mitheulen in diesem Chor. Wer a sagt, muß auch b sagen, und wer die Arbeiter-Existenz darauf gründen will, daß sie an der kapitalistischen Bourgeoisie so viel als möglich profitiert, der darf nicht danach fragen, ob die deutsch signierte Firma in Wirklichkeit einem Engländer, Franzosen oder Hottentotten gehört. Aber — Deutschland, Deutschland über alles!

E. R.

Aus der Bewegung.

Die Union in einem Riesenbetriebe.

Lautawerk (Lausitz), 24 Juni. Selbst Umbau und Terror schützen das alte morsche Gebäude der Gewerkschaften nicht mehr vor dem Zerfall. Das bewies wieder einmal das große Lautawerk in der Lausitz, wo die Betriebs-Organisation ganz spontan aus der Arbeiterschaft heraus entstanden ist. Um nun hier den neuen Geist und den Aufbau der Klassenkampforganisation im Keime zu ersticken, berief das Gewerkschaftskartell eine große Versammlung mit dem Thema: Gewerkschaft oder Union ein. Ein Berliner Referent sollte die Arbeiterschaft wieder zur Besinnung bringen. In hellen Tönen blies er Einigkeits-Schalmeien und warnte vor Zersplitterung. — In der Diskussion kennzeichnete der zufällig anwesende Genosse Heynemann aus Dresden in einstündigen Ausführungen scharf den konterrevolutionären Charakter der Gewerkschaften. Der lebhafte Beifall bewies, daß in Zukunft auch im Lautawerk die Union anstelle der Gewerkschaften das Kampfmittel gegen den Kapitalismus sein wird.

R. H.

Eine verpuffte Aktion in der United-Zigarettenmaschinenfabrik.

Dresden, 24. Juli. Nach wochenlanger Verhandlung setzte die Direktion den Arbeiter-Rat kalt, indem sie 5 Minuten vor Torresschluß durch Anschlag bekannt machte, daß sie eine Verschiebung der Lohnzahlung zwecks Umgehung des 10proz. Steuerabzugs ablehne. Darauf legte die Belegschaft ½12 Uhr den Betrieb still, versammelte sich im Hof, um Stellung zu nehmen. Der Arbeiter-Rat wurde beauftragt, Verhandlungen aufzunehmen, da die Firma 1. keinerlei Verantwortung habe, und 2. die Direktion vor Brüchig geworden war. Ohne Erfolg kehrte der Arbeiterrat bald zurück. Der Obmann vom Metallarbeiter-Verband riet, es bei dem Protest zu belassen und den Kampf abzubrechen. Die Versammelten verstärkten den Arbeiterrat durch drei radikalere Kollegen und sandten ihn zur nochmaligen Verhandlung, um die Auszahlung zu erzwingen. Erfolg: negativ. Mit der selbstäuschenden Phrase, die Hilfe des Schlichtungsausschusses anzurufen, nahm die Belegschaft nach 3½stündiger Feier die Arbeit bedingungslos auf. Blieb auch den Arbeitern der Erfolg versagt, freuen wir uns doch über ihr selbständiges Handeln. Mehr und mehr aber muß sich die Arbeiterschaft bewußt werden, daß nur durch schärfstes Austragen eines begonnenen Kampfes der Stein zur großen Initiative ins Rollen gebracht werden kann, damit auch das Schandgesetz vom 10% Steuerabzug lawinenartig zu Tal befördert wird. — Wie sagt doch Trotzky?: „Wehe denen, die eine Sache nicht zu Ende führen!" — — —

A. N.

Von der kommunistischen Presse.

Die kommunistische Idee marschiert. Das zeigt die Entwicklung und das Entstehen kommunistischer Zeitungen. Während bei Gründung der KAP. nur zwei Parteiblätter (Die „Berliner" und die „Hamburger Komm. Arb.-Zeitung") bestanden, sind es jetzt bereits 6 geworden. In letzter Zeit wurden außer der „Roten Fahne" in Frankfurt a. M. die „Kommunistische Sturmglocke" in Magdeburg und die „Komm. Arb.-Zeitung" in Zwickau neu gegründet. Die meisten Zeitungen erscheinen wöchentlich einmal.

Ausschuß der revolutionären Arbeiterschaft Dresdens zur Pflege einer proletarischen Kultur.

Str. In einer Zeit, wo der Riesenkampf zwischen den Mächten des Kapitalismus und dem klassenbewußten Proletariat auf Leben und Tod entbrannt ist, gebietet dem Proletariat die Notwendigkeit, diesen Endkampf mit allen ihm zu gebote stehenden Mitteln zu propagieren. Der Kapitalismus, aller Ideale bar, bedient sich in diesem Kampfe vor allem der rohen Gewalt. Maschinengewehre, Handgranaten, Minenwerfer rc., dabei die Lügenfabrik einer von ihm korrumpierten Presse, die man fälschlich mit Preßfreiheit bezeichnet, sind die brutalen Machtmittel der absterbenden Gesellschaftsordnung.

Das Proletariat dagegen, das gezwungen ist diesen Brutalitäten gewappnet entgegenzutreten, kann, um nicht in einem Blutmeer zu ertrinken, auf die Anwendung der Gewalt — als Abwehrmittel — zunächst allerdings auch nicht verzichten; ihm jedoch, als einer für die höchsten Ideale der Menschheit kämpfenden, aufwärtsstrebenden Klasse, stehen auch geistige Mittel zur Verfügung, um diesen gewaltigen Kampf zu beleben und zur höchsten Begeisterung der Massen zu steigern. Wir wissen, daß die bürgerliche Gesellschaft alle erdenklichen Hilfskräfte, die sich naturgemäß aus der Entwicklung dieses Systems ergeben haben, angewendet hat und noch anwendet, um die beherrschte Klasse, das Proletariat, mit ihrer (d. h. der bürgerlichen) Ideologie vollzupfropfen. Hierzu gehören alle die uns bekannten Institutionen, Kirche, Schule, Kunst, Wissenschaft, in jüngster Zeit auch das Kino, die wir mit den Sammelnamen Kultur bezeichnen. Diese gesamte Kultur steht nach wie vor im Dienste der bürgerlichen Gesellschaft und wird daher mit Recht als bürgerliche Kultur bezeichnet, im Gegensatz zu einer, aus dem aufwärtsstrebenden Proletariat sich entwickelnden proletarischen Kultur. Diese kann naturgemäß erst dann einsetzen oder zur Entfaltung gelangen, wenn das Proletariat die politische Macht übernommen hat, — also mit der Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

Um nun dieses uns nächstliegende Ziel sobald als möglich zu erreichen, müssen wir alle Hebel in Bewegung setzen, um den Einfluß der bürgerlichen Ideologie in den Arbeitermassen zu ersticken und die Köpfe zu revolutionieren mit Hilfe der proletarischen, oder sagen wir, zunächst einer revolutionären Kultur, aus der sich dann die proletarische und später, in einer klassenlosen Gesellschaftsordnung eine allgemeine große Menschheitskultur entwickeln kann.

Zur Pflege dieser revolutionären Kultur hat sich in den letzten Wochen in Dresden, nach einem einführenden Vortrag des Genossen Schüller, dem Geschäftsführer des Bundes für proletarische Kultur in Berlin, ein provisorischer Ausschuß aus den Organisationen der revolutionären Arbeiterschaft gebildet. Dieser ist beauftragt, mit positiven, praktischen Vorschlägen an die Arbeiterschaft heranzutreten. In einer konstituierenten Sitzung hat derselbe folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Ausschuß für Proletarische Kultur sieht vorläufig von der Errichtung einer Ortsgruppe des Bundes für Proletarische Kultur ab. Er bildet ein Komitee von je 1 Genossen jeder revolut. Organisation, daß in Verbindung mit der Zentralstelle des Bundes unmittelbare Vorschläge für die Pflege proletarischer Kultur ausarbeitet und dem allgemeinen Ausschuß schnellstens vorlegt."

Gewählt wurden zunächst die Gen. Strelewitz, Wiedemann und Wolf; an Letztere sind die Adressen der Organisations-Vertreter umgehend mitzuteilen.

In nächster Zeit wird an sämtliche Organisationen der revolutionären Arbeiterschaft Dresdens ein Rundschreiben mit einigen provisorischen Richtlinien ergehen, damit hierzu Stellung genommen werden kann. Der oberste Grundsatz des Sozialismus soll auch hier gelten:

Alles für und durch die Arbeiterschaft!

Zur Beachtung!

Infolge der ungeheuren technischen Schwierigkeiten bei der Herstellung der Zeitung müssen wir bitten, daß alle Artikel und größeren Berichte bis Sonnabends mittags, alle kleinen Notizen, Annoncen, und Versammlungsanzeigen bis spätestens Dienstags abends an die Buchhandlung, Seminarstr. 23, p. eingehen, da anderenfalls die Aufnahme für die am folgenden Freitag erscheinende Nummer ungewiß ist.

Die Redaktion des „Kommunist".

Versammlungs-Kalender.

Kommunistische Arbeiter-Partei (KAP.).

— Ortsgruppen-Versammlungen. —

Dresden-Altstadt: Rest. „Stadt Braunschweig", Jakobsgasse. Jeden Dienstag abends 7 Uhr.
„ **-Striesen:** Rest. „Wartburgschänke", Wartburg- Ecke Alemannenstr. Jeden Montag abds. 7 Uhr.
„ **-Löbtau:** Rest. Frankenberg (Witter), Frankenberg- Ecke Roonstr. Jeden Dienstag abends 7 Uhr.
„ **-Cotta:** Jeden Montag nach dem 1. u. 15. d. Monats im Rest. „Stadt Dresden", Oderwitzerstraße 13, abends 7 Uhr.
„ **-Neustadt:** Rest. „Schönburger Hof", Förstereistr. 26. Jeden Dienstag abends 7 Uhr.
„ **-Pieschen:** Rest. „Grundstein", Leisniger Str. 12. Jeden Dienstag abends 7 Uhr.
Radebeul b. Dresden: Rest. „Waldschänke". Jeden Mittwoch abends 8 Uhr.
Deuben: Gemeindebad Deuben. Jd. Sonnabend nach dem 1. u. 15. jed. Mts. abends ½8 Uhr.
Gittersee/Coschütz/Burgk/Kleinnaundorf: Rest. Hamann, Burgk. Jeden Montag nach dem 1. u. 15. jeden Monats abends ½8 Uhr.
Zaukerode/Niederhermsdorf: Schwarze's Restaur. Mittwoch, 7. Juli, abends 8 Uhr.
Laubegast b. Dresd.: Rest. Flora, Leubenerstr., Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr.
Leuben b. Dresden: Rest. z. Lindengarten, Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr.
Pirna: Volkshaus (Weißes Roß). Jeden Dienstag nach dem 1. u. 15. d. Mon., abends ½8 Uhr.
Zittau: Rest. zur „Mandau". Jeden Montag abds. 8 Uhr.

Daselbst Aufnahme neuer Parteimitglieder.

— Groß-Dresden. —

Diskussionsabend: Donnerstag, 8. Juli, abends, im Rest. Brandenburger Hof, Peter- Ecke Berlinerstr. — Thema: Die Jugendfrage. — Die Diskussionsabende finden aller 14 Tage statt. Alle Genossen und Genossinnen, die ein besonderes Interesse an geistigem Austausch und ihrer persönlichen Weiterbildung haben, werden hierzu eingeladen. An den nächsten Abenden sollen grundsätzliche Fragen des wissenschaftl. Sozialismus diskutiert werden.

Lesestube: In der Buchhandlung Seminarstr. 23, p., die nur wochentags von 5—7 Uhr nachmittags geöffnet, ist jetzt eine Lesestube eingerichtet, wo jeder Genosse zu jeder Tageszeit verschiedene sozialistische und kommunistische Zeitungen lesen kann. Kein Trinkzwang.

Zeitungssalzen: Jeden Freitag nachm. von 3—7 Uhr im Rest. Kaden, Seminarstr. 23, p. Arbeitslose Genossen und Genossinnen, und wer sonst Zeit und Lust hat, wird aufgefordert, sich da an der Arbeit rege zu beteiligen.

— Industriebezirk Süd-Ost. —

(Ortsgruppen Laubegast, Leuben, Zschachwitz, Lockwitz.)

Generalversammlung: Dienstag, 13. Juli, abends 7 Uhr, im Gasthof Leuben. Wichtige Tagesordnung!

— Wirtschafts-Bezirk Ost-Sachsen. —

Buchhandlungs-Ausschuß: 1. Sitzung der Buchhandlungs-Delegierten (von jeder Ortsgruppe pro Anfangschein ein Vertreter). Sonntag, 4. Juli, vorm. 10 Uhr, Rest. Brandenburger Hof, Dresden-A., Peter-, Ecke Berlinerstr. (Nähe Schäferstr., Linien 19, 21, 22).

Die Buchhandlungs-Kommission.

— Sozialistische Jugend Groß-Dresden. —

Sonntag, 20. Juli findet unser

Waldfest

in der Nähe von Weinböhla statt. Die Gruppen machen Tageswanderungen und treffen sich von 10—12 Uhr am Zentralgasthof Weinböhla. Abends Demonstration. Deshalb muß jeder Jugendgenosse und jede Jugendgenossin zur Stelle ein!

(Wir fordern unsre Genossen und Genossinnen auf, ihre Jungens und Mädels zu diesem Waldfest zu schicken. D. Red. d. K.)

Freie Soz. Jugend Laubegast: Jeden Mittwoch im Rest. z. Kl. Anker abends ½8 Uhr, Gruppenabend.

— Arbeiter-Union. —

Groß-Dresden: Konferenz der Betriebs-Obleute jeden Freitag, abends 7 Uhr, in der Zentralhalle, Fischhofplatz, Vereinszimmer.

Laubegast: Mitglieder-Versammlung im Rest. Kl. Anker, Meißnerstr., Dienstag, den 6. Juli, abends 8 Uhr.

— Verein Ansiedlung-Ost. —

Allgem. Mitgliederversammlung: Vorläufig jeden Sonnabend abends 6 Uhr in der Zentralhalle, Fischhofplatz.

Nachruf!

Am Montag, den 21. Juni verschied plötzlich beim Baden in der Elbe unser tapferer Kampfgenosse

Kurt Heinze

aus Groß-Zschachwitz. Wir werden ihm als Beispiel revolutionärer Pflichterfüllung ein treues Angedenken bewahren.

Kommunistische Arb.-Partei Deutschlands.
Ortsgruppe Zschachwitz.

Verantwortlich: Carl Adler-Dresden.
Druck: E. Kunath, Heidenau.

Der Kommunist

Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Ostsachsen).

Nr. 27.	Erscheint möglichst jeden Freitag.	Dresden, Anfang Juli 1920.	Verlag u. Expedition: Buchhandlung der K. A. P. Dresden-A., Seminarstr. 23, p.	Preis 40 Pfg. Durch die Parteiausträger frei Haus 5 Pfg. Bestellgeld extra.

Der Boykott gegen Ungarn.

Was in der letzten Nummer befürchtet und aus der nüchternen Beurteilung der sachlichen Lage heraus prophezeit wurde, ist nunmehr eingetroffen: Die Gewerkschaften bekommen Angst vor ihrer eigenen Courage, sie fangen an, zum Rückmarsch zu blasen, und alles machtbewußte Drohen war wieder einmal nichts als ein Aufputschen zu revolutionären Redensarten, um eine wahrhaft revolutionäre Aktion im Keime zu ersticken.

Folgendes hat sich inzwischen begeben:

1. Am 20. 6. trat der Boykott gegen Ungarn in Kraft auf allen Bahnen mit Ausnahme des Personenverkehrs und im Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr. Die Telephonleitungen an der Grenze wurden unbrauchbar gemacht.

Ebe so führen die tschechoslowakischen und italienischen Arbeiter den Boykott durch. Auch in Jugoslawien, Polen und Rumänien haben die Arbeiter die Teilnahme am Boykott beschlossen. Die von der Amsterdamer Gewerkschaftszentrale aufgestellten Forderungen lauten:

Die Macht der ungarischen Soldatenformationen muß beseitigt werden.

Alle unter politischer Anklage Eingekerkerten müssen freigelassen werden.

Alle politischen Prozesse sind niederzuschlagen.

Alle durch den weißen Terror geschädigten Personen müssen entschädigt werden.

2. Auch die österreichischen Bahnbeamten beschließen, den Gegenverkehr mit Ungarn einzustellen.

3. Das ungarische Parlament, das einen weißen Terror nie hat wahr wissen wollen, muß die Wahrheit des weißen Schreckens anerkennen und ergeht sich in Lärmszenen.

4. Die ungarische Regierung „löst" offiziell das Heiduk-Detachement „auf", verfügt, daß die „Tätigkeit militärischer Formationen Zivilpersonen gegenüber eingestellt wird" — und verschwindet die „aufgelösten" Detachements mit den „militärischen Justizorganisationen" — d. h., sie holt nämlich dieselben Landsknechte wieder herein, die sie zur Vordertür herausgeworfen hat.

5. Die ungarischen Grenzbehörden und Eisenbahner treten in den Gegenboykott ein.

6. Die Wiener „Neue Freie Presse" teilt mit, daß in Wien Verhandlungen wegen Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn schweben. Dazu teilt das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit, daß dieser tatsächlich auf telegraphischem Wege eine Einladung erhalten habe, seinen Sekretär zu einer Besprechung mit Vertretern der ungarischen Regierung nach Wien zu entsenden. Daraufhin wird der Sekretär des Bundes wahrscheinlich noch im Laufe der Woche nach Wien abreisen.

Was also heißt der ganze Klamauk? Die Gewerkschaften, gleich angefangen zu feige, die Entwaffnung und Auflösung der ungarischen Landsknechtsbande zu fordern, muß jetzt einsehen, daß das ungarische Militär bleibt wo es war, daß der lebende Leichnam, die ungarische National-Versammlung, sich selbst weiter zerstückelt, wodurch es die Macht der weißen Banden nur weiterhin stärkt, und schließlich, daß der Gegenboykott Ungarns gegen Oesterreich alle etwa vorhandene revolutionäre Energie prompt stille legt. Das internationale Gewerkschaftsbüro, anstatt die Arbeiter auf ihrem Vorposten der Revolution zu ermutigen, zieht sich zurück. Wie immer sind die Gewerkschaften auch hier bereit, nach einem guten Anstoß mit kindischer Angst abzubrechen und zu verhandeln, sie sind von neuem bereit, die revolutionären Brüder Ungarns zu verkaufen an die im weißen Terror wütende Bourgeoisie. Glückauf. Ihr verräterischen Heuchler! Die Geister, die Ihr riefet, werdet Ihr nun nicht los. Ihr habt dem Arbeiter gezeigt, wo seine Macht liegt. Glaubt Ihr wirklich, daß er dieses sein erstes großes solidarisches Erleben vergessen kann und Euern alten Bonzen zuliebe sich selbst kastrieren wird? Auch für Euch wird die Stunde schlagen!

E. Rauch.

Genossen!

Revolutionär handeln heißt unermüdlich agitieren!

In jeden Betrieb gehört der „Kommunist"!

Der Steuerabzug.

Die Bourgeoisie hat mit dem Gesetz über den Steuerabzug eine Arbeit geleistet, die nicht nur ihre brutale Arbeiterfeindlichkeit, sondern auch ihre eigene Dummheit und Stümperhaftigkeit aufs glänzendste bewies. Jeder Student der Nationalökonomie beläßeit bereits im ersten Semester die dilettantische Fenstersteuer der Franzosen; früher lernte er dagegen den sehr kunstvollen Steuergesetz-Apparat der Teutschen als „neuzeitlichen Fortschritt" bewundern. Der Student von heute hat es einfacher. Er braucht seinen Geist nicht anzustrengen; verfällt er auf das dümmste was es gibt, dann ist er auf dem richtigen Wege. Aber wie kommt das, daß die Bourgeoisie ihre raffinierten Methoden der Steuererpressung verläßt und zur primitivsten Räuberei zurückkehrt?

Die Antwort liegt auf der Hand: Die Pleite ist zu groß, die alten Mittel gelten für andere Verhältnisse, der wahnsinnigen, sich täglich steigernden Schulden müssen auf andere Weise getilgt werden. Der erste Versuch der zu rasch reich gewordenen neuen „Parvenü". Bourgeoisie etwas abzuknöpfen, schlug fehl. Die Erzbergerschen Steuerpläne, nur entworfen um den christlichen Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, brachen in ein Nichts zusammen, weil sie darauf ausgingen, allen eventuell Betroffenen Zeit zu lassen, um ihr Schäfchen noch rechtzeitig ins Trockne zu bringen. Wieder haben wir einen „christlichen" Finanzminister. Er sagte den Arbeitern nicht so um die Ecke herum wie Erzberger, er sagt es deutlicher: daß alle Mittel, die der kapitalistische arbeiterfeindliche Staat braucht, aufzubringen sind im wesentlichen vom Arbeiter selbst, daß der Arbeiter die Werkzeuge zu seiner eigenen Unterdrückung zu liefern hat.

Indessen hat bereits überall die Arbeiterschaft gegen dieses famose Gesetz protestiert. Die Bourgeoisie beginnt einzusehen, daß sie auf so grobe und einfache Weise nicht mehr durchkommt. Sie begreift, daß der Arbeiter, wenn er nur gezwungen ist, die Gesetze der Bourgeoisie sabotiert, sofort der Stärkere ist. Sie fürchtet, den Arbeiter zum Nachdenken zu zwingen. Sie weiß, daß sich der revolutionäre Wille der Arbeiterschaft festigt, wenn nur die Erkenntnis des rettungslosen Bankrotts der bürgerlichen Gesellschaft um sich greift. So bläst denn auch bereits die Bourgeoisie zum Rückzug. Gerade ihre reaktionärste Gruppe, die deutschnationale Fraktion, hat erneute Prüfung der Bestimmungen und vorläufiges Aussetzen der Einziehung der Steuern beantragt. Der Zweck der Übung ist klar: Man will dort zu den raffinierteren Methoden zurückkehren, um dem Arbeiter nach und nach, in homöopatischen Dosen, zu entkräften, anstatt ihm sein Butterbrot gewaltsam wegzunehmen. Und die Arbeiterschaft, vor allem die Anhänger der USP., werden eine „Milderung" des Gesetzes als einen „Erfolg" ansehen.

Demgegenüber ist festzuhalten:

Laßt Euch nicht dumm machen von homöopatischen Volksbetrügern, wie Ihr Euch nicht habt gefallen lassen das „Man setze drauf" der christlichsten aller Regierungen. Lernt erkennen, daß auf keine Weise, auf gar keine einzige, die Pleite des Kapitalismus aufzuhalten ist: daß der Bourgeois es nicht kann, weil er sich selbst nicht schädigen will, daß der Arbeiter es nicht kann, weil seine weitere Entkräftung gleichbedeutend ist mit: Schluß der Produktion überhaupt. Nur das eine kann retten, und dieses eine muß kommen:

Zusammenbruch des Kapitalismus.
Aufbau der sozialistischen Räte-Wirtschaft.

Die Bergarbeiter und der Steuerabzug.

Aus Essen wird berichtet:

Die Durchführung der Verordnungen wegen des zehnprozentigen Steuerabzuges haben in der Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers große Erregung hervorgerufen. So haben gestern und vorgestern in Gelsenkirchen, Herne und Bochum Bergarbeiterversammlungen stattgefunden, in denen gegen die geplanten Maßnahmen protestiert und mit Streik gedroht wurde. — Der Bergarbeiterverband hat in der Angelegenheit des zehnprozentigen Steuerabzuges an das Preußische Handelsministerium eine Eingabe gerichtet. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist erregt. Auf der Zeche Hansa in Dortmund ist gestern morgen nicht mehr eingefahren worden. Hinzu kommt, daß die augenblicklich schlechten Ernährungsverhältnisse des Ruhrreviers die Stimmung ungünstig beeinflussen.

Die Bergarbeiter müssen in der Frage der Abschaffung des Lohnabzuges die Vorkämpfer der ganzen deutschen Arbeiterklasse sein. Während große Teile der Arbeiterschaft bei der Durchführung von Streiks gegen den Lohnabzug vor der Gefahr der Stillegung der Betriebe und damit vor der Arbeitslosigkeit stehen, ist dies im Bergbau nicht der Fall. Der Bergbau kann nicht stillgelegt werden, wenn nicht die ganze Wirtschaft sofort stillstehen soll.

Es ist darum erfreulich, daß die Bergarbeiter die Stärke ihrer Position erkannt haben und sich für sich und damit auch für die Arbeiterschaft Deutschlands für die Aufhebung des Steuerabzuges einsetzen.

SPD., Angestellte und Sozialismus.

Zwei Notizen man en die Runde in den Zeitungen: Die eine bezieht sich auf die SPD. und lautet:

Die Lage der Stickerei-Industrie.

Die sozialdemokratische Fraktion der Volkskammer hat an die Regierung folgende kurze Anfrage gerichtet: „Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um der mißlichen Lage der vogtländischen Stickerei-Industrie abzuhelfen?"

Die andere beleuchtet die Angestelltenbewegung. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt:

Verzicht auf das Mitbestimmungsrecht.

Halle, Saale, 25. Juni.

Unser B.-Berichterstatter meldet:

Der Angestelltenstreik bei den Beunawerken, der badischen Anilinfabrik, woran 3000 Angestellte und Werkmeister beteiligt waren, wurde heute beendigt. Die Angestellten erhalten eine Gehaltssteigerung, **verzichten aber auf Mitbestimmung und Einsicht der Bücher.**

Beide Meldungen zusammen zeigen wieder einmal, wie rettungslos verloren der Sozialismus ist, wenn er sich in den Händen der Kleinbürger befindet. Sie, die am meisten Geschrei machen von der „Begehrlichkeit des Arbeiters", sie geben sich zufrieden mit Lohnsteigerungen und vergessen über dem Augenblicks-„Erfolg" den Sinn der Streikbewegung, der ein anderer ist als das Weiterintreiben des Schraubengangs der allgemeinen Preissteigerung. Jeder revolutionäre Arbeiter hat es eingesehen, daß die Übernahme der Produktion, die sachgemäße Verwaltung der Produktionsmittel im Zentrum aller Forderungen steht, daß jede Lohnsteigerung illusorisch bleibt, solange sie sich im Rahmen der Profitwirtschaft hält, daß nur die Beseitigung des kapitalistischen Unternehmung und die Einführung der Bedarfswirtschaft radikal ändern kann. Mit ausdrücklichem Verzicht auf das vornehmste Recht der an der Produktion interessierten Arbeiter gegen das Linsengericht der Gehaltserhöhung zeigen die „gebildeteren" Angestellten und Werkmeister, daß sie der nationalökonomischen Einsicht der Arbeiter ebenso unterlegen sind wie ihrem revolutionären Opferwillen. Immerhin wird man es verstehen, daß diese Kleinbürger erst allmählich an die strengen Forderungen des Sozialismus gewöhnen. Was aber soll man dazu sagen, daß die Sozialdemokratie, die wahrlich in sozialistischem Denken geschult sein sollte, von der Regierung den künstlichen Wiederaufbau einer volkswirtschaftlich reinen Schmarotzer-Industrie verlangt? Die vogtländische Spitzenindustrie gehört zur Luxusfabrikation. Sie verschwendet das weiße Garn das wir haben für überflüssigen Zierat, anstatt für die so notwendige Bekleidung des Arbeiters. Sie lebt außerdem zum größten Teile davon, daß sie zu Hungerlöhnen arbeiten läßt, daß sie Heimarbeit vergibt und aus der verzehrenden Arbeit hungernder Frauen und Kinder Profite herausschindet. Hier ist nicht zu helfen mit Regierungszuschüssen. Hier ist nur zu helfen mit Sozialisierung, mit Umstellung der Industrie auf Bedarfsartikel mit Umgewöhnung der Arbeiterschaft an produktive Arbeit, mit ihrer Erhaltung durch öffentliche Mittel, bis sich die Umschichtung der Verhältnisse vollzogen hat.

E. R.

Der Bericht der englischen Arbeiterdelegation über Rußland.

Wir entnehmen der „Times“ den Bericht, den die zurückgekehrten Mitglieder der englischen Delegation in Rußland nunmehr veröffentlichen, und der ein durchaus anderes Gesicht zeigt, wie es nach der ersten Wolffmeldung den Anschein hatte, an die der „Vorwärts“ ein ebenso voreiliges wie verlogenes Kommentar knüpfte. Der Text des Dokumentes lautet folgendermaßen:

Angesichts der Tatsache, daß einige Mitglieder der Delegation vor den anderen nach England zurückkehren, berichten zunächst die Unterzeichneten, hauptsächlich über Fragen besonderer Dringlichkeit, der britischen Öffentlichkeit. Unsere Nachforschungen werden noch fortgesetzt, und der folgende Bericht soll daher nur als ein Interimsbericht angesehen werden. (Ben Turner, Ethel Snowden, A. A. Purcell, Tom Shaw, H. Skinner, Robert Williams, Margaret Bondfield, L. Haden, Guest, Charles Roden Buxton.

Tiefen Eindruck haben auf uns gemacht die Wirkungen jener Politik der Intervention und der Blockade, welche gegen das russische Volk angewandt worden ist. Diese Politik war die Politik von verschiedenen fremden Regierungen seit 1918 und unter den verschiedensten Formen, direkt oder indirekt, wird sie immer noch befolgt. Sie ist die Wurzel aller jener Erscheinungen des Niedergangs im heutigen Rußland bis zu diesem Augenblick. Während das Aufhören des Exports aus Rußland der gesamten Welt draußen ungeheuren Schaden bringt, so ist auch andererseits das Aufhören des Imports verhängnisvoll für die innere Wirtschaft Rußlands selbst. Das Problem der Lebensmittelversorgung übertrifft alle anderen an aktueller Bedeutung. Wir sind niedergeschettert von den Verhältnissen des Hungers, unter denen die ganze städtische Bevölkerung — die Hand- und die Kopfarbeiter in gleicher Weise — leiden.

Eine besonders schwerwiegende Wirkung der Blockadepolitik ist in der Tatsache zu erblicken, daß mit ihr die Einfuhr von Seife und Medikamenten abgesperrt wurde. Typhusepidemien sind über das ganze Land gegangen. Es ist Tatsache, daß eine große und wirksame sanitäre Organisation durch das Volkskommissariat für das öffentliche Gesundheitswesen geschaffen worden ist. Der Verkehr auf den Eisenbahnlinien wird sehr genau überwacht, und es sind eine große Anzahl Stationen für Diagnose und Desinfektion eingerichtet worden. Jeder Zug im sibirischen und europäischen Rußland muß einen eigenen Wagen für verdächtige Fälle von Krankheiten mit sich führen. Eine große Anzahl Krankenanstalten sind in Sibirien wie in Rußland ins Leben gerufen worden. Eine große sanitäre Propaganda ist durch die Sowjets und auch durch die Gewerkschaften in Städten und Dörfern durchgeführt, wodurch die Epidemien kontrolliert werden können. Dazu kommt noch, daß Zwangsimpfungen über ganz Sibieren und das europäische Rußland eingeführt worden sind. Aber trotz dieser ungeheuren Organisation muß doch die Blockade, welche die Seife und Desinfektionsmittel aus Rußland fernhält, für den Verlust von tausenden von Menschenleben verantwortlich gemacht werden.

Rußland ist landwirtschaftlich gesehen ein reiches Land. Doch der Bauer kann den Städten nur dann Lebensmittel liefern, wenn er im Austausch Industrieartikel dagegen erhält. Das Aufhören des Imports erlaubt es den Städten nicht, solche Artikel zu fabrizieren oder sie als Fertigfabrikate vom Ausland zu erhalten. Diese Lage wird noch durch den teilweisen Zusammenbruch der Transportmittel, dem unmittelbaren Resultat der auswärtigen Angriffe und den Ausbrüchen des Bürgerkrieges auf russischem Boden, erschwert.

Langsam und nur teilweise konnte Rußland aufatmen nach der Niederlage der Koltschak-, Denikin- und Judenitsch-Armeen. Dieser Umstand wurde sofort benutzt, um den ökonomischen Wiederaufbau des Landes, der durch eine weitreichende und klug unternommene erzieherische Vorbereitung unterstützt wurde, mit allen Kräften zu beginnen. Die ganze Energie des Volkes wurde von den militärischen Operationen auf die Verbesserung der Verkehrsmittel, die Fabrikation von Waren für friedliche Zwecke und die Verbesserung der sanitären Bedingungen gelenkt. Die schlimmste Sabotage des russischen Volkes war vielleicht die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf der polnischen Front: die Russen wurden so wider ihren Willen gezwungen, den Pfad des Friedens zu verlassen und den Pfad des Krieges wieder zu betreten. Wir selbst haben eine Reihe bedeutsamer Beispiele dieses beschämenden Vorganges erlebt.

Der Aufruf zu schöpferischer Arbeit wurde so noch einmal hintangestellt werden zugunsten des Aufrufs zu kriegerischer Begeisterung, da ja auch die Kriegsverhältnisse den Vorwand, die individuelle Freiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung zu beschränken, in sich tragen. Diese Verhältnisse können natürlich nicht bei einer Fortdauer des Krieges geändert werden.

Eine bedeutsame Wirkung der gegenwärtigen Krise war die, daß sie praktisch alle Parteien vereinigt hat, um die Regierung, ganz abgesehen von allen Gegensätzen in Fragen der inneren Politik, in der Verteidigung gegen Polen zu unterstützen. Diese Tatsache demonstriert die Vergeblichkeit des Versuches, die kommunistischen Prinzipien, mögen sie nun gut oder schlecht sein, durch eine feindliche Aktion von außen zu zerstören. Eine solche Aktion verstärkt nur die Festigkeit der Regierung, auch insofern sie ihre innere Politik berührt.

Angesichts dieser Tatsache protestieren wir einmütig gegen jene Politik, deren Wirkungen wir beschrieben haben, gegen eine Politik, die ebenso dumm, wie unmenschlich ist. Rußland braucht einen baldigen Frieden und freien Verkehr mit der Außenwelt. Wir empfehlen, daß die gesamte britische Arbeiterbewegung mit aller Energie dafür eintreten soll, die letzte Spur der Blockade und der Intervention zu entfernen und die Barriere, welche imperialistische Staatsmänner zwischen unserem Volk und unseren russischen Brüdern aufgerichtet haben, niederzureißen.

Ein erster Schritt in dieser Richtung muß notwendig die bedingungslose Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung sein. Sie hat ihre Beständigkeit und Festigkeit durch ihren zweieinhalbjährigen Widerstand gegen so viele Versuche zu ihrer Vernichtung bewiesen. Sie hat wiederholt ihren Friedenswillen kundgetan. Wir selbst können dafür bürgen, daß sie energische Anstrengungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes gemacht hat.

Wir halten es nicht für notwendig, auf das Argument des näheren einzugehen, daß die russische Regierung nicht anerkannt und Frieden mit ihr nicht geschlossen werden kann, weil manche ihrer Handlungen von anderen Regierungen mißbilligt worden sind. Unserer Ansicht nach ist dies eine Frage, die allein Rußland selbst, nicht fremde Regierungen angeht.

* * *

Die „Times“ bemerkt in bitter ironischem Tone zu diesem Bericht, daß er nichts anderes sei als eine Wiederholung aller derjenigen Argumente, welche die Sowjetregierung und die bolschewistischen Agitatoren in der ganzen Welt immer gebraucht haben. Die Anerkennung der Sowjetregierung durch England hat nach der „Times“ mit der Besserung der Ernährungszulage des russischen Volkes nicht das Mindeste zu tun. Das Bratt des britischen Großkapitals wiederholt nur, so könnte man ihm erwidern, alle die Argumente, welche die gesamten kapitalistischen Regierungen der Welt und die große Schar ihrer Agenten immer gegen die Sowjetregierung ins Feld geführt haben, und welche hauptsächlich schuld sind an der schwierigen ökonomischen Lage Rußlands. Die englischen und die europäischen Arbeiter müssen dem hinter der „Times“ stehenden Weltkapital die gezeichnete Antwort erteilen.

(„Rote Fahne“.)

Das Ende.

Die „Rote Fahne“ schreibt:

Die Wirtschaftskrise geht ihren verheerenden Gang. Die Arbeitslosigkeit wächst und wächst, da ein Betrieb nach dem anderen stillgelegt wird. Und anders als in der Blütezeit des Kapitalismus, da die Krise nur der Ausgangspunkt war zu neuer, größerer Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte, für diese letzte Krise zum Tode, zur Vernichtung. Denn jetzt wird der Stillstand nicht benutzt zur Vergrößerung der Anlagen, zur Kapitalanhäufung in Gestaltung der Einrichtung neuer Fabriken, besserer Maschinen, sondern zum Abbruch, zur Zerstörung der vorhandenen Produktionsmittel.

Wie katastrophal die Arbeitslosigkeit wächst, darüber berichtet der „Lokalanzeiger“ aus Dresden:

Nach dem Bericht des sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung hat die bereits im Monat April beobachtete Verschlechterung des Arbeitsmarktes unter dem Einfluß der ungünstigen Wirtschaftslage weiter um sich gegriffen. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat zugenommen, während die Zahl der offenen Stellen in noch stärkerem Maße zurückgegangen ist. Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen mußten in größerem Umfang vorgenommen werden, da aus dem In- und Ausland Aufträge zurückgezogen wurden. — Die sächsische Regierung hat beim Reichsrat eine Änderung der Verteilung der Kosten der Erwerbslosenfürsorge beantragt. Während Sachsen mit seiner hohen Arbeitslosenfürsorge höher ein Viertel aller Kosten in Deutschland aufwenden mußte, beantragt es jetzt im Reichsrat, daß die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung auf die Gesamtbevölkerung Deutschlands nach der Kopfzahl umgelegt werden soll. Danach würde Sachsen nicht mehr 25 Prozent der Gesamtaufwendung zu machen haben, sondern nur noch 7,8 Prozent.

Die Hilfsmittel, die da die sächsische Regierung vorschlägt: Erwerbslosenfürsorge und ihre Abwälzung auf das Reich, zeigen die ganze Einsichtslosigkeit der regierenden Scheinsozialisten in die bewegenden Kräfte der Krise.

Es gilt, die Auflösung des in Produktionsmitteln vorhandenen Kapitals in Handels- und Wucherkapital zu verhindern. Es gilt weiter, die Produktionsmittel in Bewegung zu setzen, zu arbeiten.

Beides kann der Kapitalismus nicht mehr, wie er täglich von neuem beweist. Das Wort, das er prägte, um den Kommunismus zu schlagen: „Nur die Arbeit kann uns retten“, dieses Wort wird jetzt zur furchtbaren Anklage und zur Waffe zugleich, in der Hand der Kommunisten gegen den Kapitalismus und seinen Staat.

Die Arbeitsleistung zu erhalten und zu steigern, der Arbeitslosigkeit zu wehren, die Masse der Bevölkerung vor dem Versinken in Elend und Hunger zu bewahren, das vermag heute nur noch der Kommunismus.

Die Kontrolle der Produktion zur Verhinderung ihrer Stillegung, zur Beschaffung des zum Leben der Arbeitenden notwendigen Bedarfs, das ist der erste Schritt, der aus dem Elend der Gegenwart herausführt. Sache der Betriebsräte ist es, diese Kontrolle der Produktion zu verwirklichen.

Die kommunistische Marseillaise.

Von Demjan Bjedny

Nachdichtung von Max Barthel.

Nun stürzt die Welt in sich zusammen,
Und jede Sklavenkette bricht.
Wie hoch die roten Banner flammen!
Wir kämpfen und verzweifeln nicht,
Wir kämpfen und verzweifeln nicht.
Mag auch das Mordgesindel schreien,
Das unsrer Arbeit Gut verschlang,
Wir rüsten uns zum letzten Gang
Und schließen unsre Arbeitsreihen:
Nehmt Waffen, alle Mann!
Empor, zum letzten Krieg!
Und sei es Tod und sei es Sieg:
Voran! Voran! Voran!

Das Blut geschlachteter Millionen,
Verlass'ner Mütter Tränenqual,
Der armen Krüppel Legionen:
Wo sind die Feinde, falsch und fahl?
Wo sind die Feinde falsch und fahl?
Die in den Hochpalästen wohnen,
Und die nur für das Geld gelebt —
Ihr kalten Unterdrücker, bebt:
Wir werden keinen Schuft verschonen!
Nehmt Waffen, alle Mann!
Empor, zum letzten Krieg!
Und sei es Tod und sei es Sieg:
Voran! Voran! Voran!

Die ihr uns drücktet und verknechtet,
Die ihr mit unserm Blut gepraßt,
Du Falscher, der du uns entrechtet
Und uns mit Gott belogen hast,
Und uns mit Gott belogen hast,
Die ihr Profit aus unsern Qualen
Und aus dem Arbeitsdasein drückt
Und uns ins Joch des Kriegs gebückt:
Jetzt müßt die Rechnung ihr bezahlen!
Nehmt Waffen, alle Mann!
Empor, zum letzten Krieg!
Und sei es Tod und sei es Sieg:
Voran! Voran! Voran!

Die Henker werden einst zuschanden,
Und ihre letzte Stunde naht.
Auf die, die keine Rücksicht kannten,
Zermalmend schmettert unsre Tat,
Zermalmend schmettert unsre Tat!
Nicht Mitleid soll das Herz zertauen,
Damit der Feind nicht weiter lügt:
Und dann sei Stein auf Stein gefügt,
Das Haus der Freude zu erbauen!
Nehmt Waffen, alle Mann!
Empor, zum letzten Krieg!
Und sei es Tod und sei es Sieg:
Voran! Voran! Voran!

Die Welt liegt schön in unsern Händen.
Das Paradies wird einst enthüllt!
Und wenn wir unsre Kraft verschwenden,
Kein fauler Bauch wird mehr gefüllt,
Kein fauler Bauch wird mehr gefüllt,
Betrug verfliegt in dunklem Schwarme,
Die Menschen sind sich alle gleich!
Aufsteht der Arbeit Bruderreich:
Es gibt nicht Reiche und nicht Arme!
Nehmt Waffen, alle Mann!
Empor, zum letzten Krieg!
Und sei es Tod und sei es Sieg:
Voran! Voran! Voran!

Die ganze Welt ist ja zu ändern!
Zerbrecht das Joch der Sklaverei.
Aufsteht das Volk in allen Ländern,
Zur Sonne bricht sein Jubelschrei!
Zur Sonne bricht sein Jubelschrei!
Du kühner Vortrupp aller Freien,
Du dunkle Masse, dran und drauf!
Zum letzten Kampfe stehet auf.
Unüberwindlich: schließt die Reihen!
Nehmt Waffen, alle Mann!
Empor, zum letzten Krieg!
Und sei es Tod und sei es Sieg:
Voran! Voran! Voran!

Die Lage an der russisch-polnischen Front.

In dem Angriffsverfahren der bolschewistischen Obersten Heeresleitung liegt System. Nach wie vor besitzt sie die Freiheit des Handelns, und man sieht mit jedem Tage deutlicher, daß das Ende des Ringens um die Entscheidung noch nicht vorhanden ist. Weniger die Wegnahme von Wilna scheint die Absicht der Bolschewisten zu sein, als die Zermürbung der gesamten polnischen Front, und allem Anscheine nach verügen sie über die hierzu notwendigen Kräfte. Nachdem sich die Offensive im Norden südlich der Düna und an der Beresina festgelaufen hat, die Polen hier in heftigen Gegenangriffen mit herangeführten Verstärkungen das verlorene Gelände um ihres Ansehens willen und ihrer bourgeoisen Interessenpolitik halber mit allen Mitteln wiederzunehmen trachten, dazu ihre anderen Fronten entblößt und ihre Reserven nach dem Norden gezogen haben, verlegt die Heeresverwaltung der roten Armee anscheinend das Schwergewicht nach der Südfront in die Gegend südlich von Kiew, wo die Front vom Dnjepr aus in scharfem Bogen zur rumänischen Grenze zurückspringt. Der Durchbruch längst der Bahn Fastow-Swenigorodka auf 25 km Breite ist allem Anscheine nach von den Polen trotz ihrer heftigsten Gegenangriffe nicht zum Stehen gebracht worden, sondern die Rote Armee hat dort weitere Erfolge errungen. Bjelaja Zerkow und Skriva befinden sich in der Hand der Bolschewisten, rote Kavallerie operiert im Rücken der Polen und stört deren rückwärtige Verbindungen. Südlich davon, an der Bahn Berdischew Uman, sind die roten Truppen auch vorwärts gekommen. Die bolschewistische Heeresleitung hat klug die Fesselung der polnischen Kräfte im Norden zur Versammlung neuer Divisionen im Süden benutzt, die sie von der Krim, vom Kaukasus, ja sogar, wie die Polen melden, aus Sibirien herangeholt hat.

Wirft diese Tatsache nicht ein viel günstigeres Bild auf die Leistungsfähigkeit des russischen Transportwesens, als von der deutschen Bourgeoisie bisher angenommen wurde? Zeigt sich nicht, daß zu der kommunistischen Sowjetregierung nicht nur vereinzelte Gegenden, sondern daß das Volk als solches (Arbeiter und Bauern) geschlossen dasteht, um seine Ideale zu verteidigen? Die Würdigung dieser Tatsachen führt daher naturgemäß zu einer ganz anderen Beurteilung der Gesamtlage und Aussichten, als dies bisher möglich war. Unter den zählich Kiew zu sammelten russischen Verstärkungen befindet sich besonders zahlreich Kavallerie, der in den eigenartigen Kampfverhältnissen der Ukraine ein reiches Feld der Tätigkeit winkt. Auch das berühmte Kavalleriekorps Budennij's, das durch seine kühnen Kavallerieraids die Siege der roten Truppen im Winter 1920 gegen Denikin eingeleitet und vollendet hat (Budennij's Kavallerie bestand zuerst aus 17 Mann außer ihm) ist darunter.

Die Offensive im Süden zwingt die Polen, nachdem sie ihren Widerstand im Norden eben erst neu organisiert haben, zu einer erneuten Umgruppierung und Verschiebung ihrer Kräfte, weil es sich um den Besitz von Kiew handelt. Wenn sie damit fertig sind, ist es nicht ausgeschlossen, sondern im Gegenteil sehr wahrscheinlich, daß dann die roten Truppen mit ihren Angriffen wieder erneut im Norden oder an einer anderen Stelle der Front einsetzen werden. So ein Verfahren macht den Gegner bald mürbe, besonders einen solchen von der Qualität der polnischen Armee. Vergessen darf man auch nicht die militärische Stärkung der roten Truppen dadurch, daß die russischen weißen Offiziere ihre Bereitschaft, an der Verteidigung des neuen sozialistischen Rußlands teilzunehmen, erklärten worauf auch der Oberbefehlshaber der roten Armee schon in einem Interview mit dem Spez.-Korresp. des Manchester Guardian hinwies, wo er sagte: „Wir werden sicherlich durch das Nationalgefühl (nationaler Krieg) einen gewissen Vorteil erzielen, insofern, als viele Offiziere, die ohne besonderen Eifer im Bürgerkriege gefochten haben, sich mit Entzücken in den Krieg gegen die Polen stürzen werden.“

Von diesen Momenten aus ist die Lage der polnischen Armee nicht gerade als günstig zu bezeichnen. Die polnischen Hilfsrufe an Frankreich und die politische Lage Litauens sind von großer symptomatischer Bedeutung. Der Munitionsmangel der Polen ist besonders schwerwiegend, zumal dieselben über keine eigenen Munitionsfabriken verfügen, voll und ganz auf das Ausland angewiesen sind, die Lieferung von dort mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Bewaffnung der polnischen Truppen sehr schwierig ist. Dazu kommt die Behinderung der Absendung von Munition nach Polen durch die sehr nachahmenswerte Solidarität der außerordentlich klassenbewußten Arbeiter Englands und Italiens. Es bleibt also nur noch Frankreich, und ob dies allein besonders auf dem umständlichen Wege über Danzig die ganze polnische Armee in kurzer Zeit mit Munition versehen kann, erscheint ebenso fraglich, wie eine Unterstützung Polens durch französische Truppen. Die Machenschaften Horthys in Ungarn, Goltz, Ludendorff, Hoffmann in Deutschland mit dem Ansammeln von Truppen an den Grenzen 2c. im Sinne der Biskupski-Awalow-Bermondt, die wieder in Berlin tätig sind, bis ihnen durch Terror das letzte Stündlein schlägt, werden nur von den angeworbenen Söldnern unnötige Blutopfer fordern, niemals aber den Polen eine Brücke zu den deutschen Munitionsfabriken und Arsenalen schlagen und keinesfalls die polnische Bourgeoisieherrschaft vor ihrem Untergange bewahren. Sollte die Kabinetskrise in Warschau nicht den Auftakt zum völligen Zusammenbruch geben können? England soll sich angeblich, was mit Rücksicht auf die Londoner Verhandlungen mit Krassin nicht unwahrscheinlich ist, geweigert haben, für den Munitionstransport 2c. nach Danzig die Tonnage zustellen. Eine Beförderung durch Deutschland dürfte kaum in Betracht kommen und abgelehnt werden, wei die deutsche Arbeiterschaft sich dagegen einmütig wie ein Mann erheben würde und müßte, da die Solidarität auch hier Taten und nicht bloß Worte verlangen würde. Lediglich die Verwendung im Oriente befindlicher französischer Truppen von der Krim aus bliebe übrig. Die Verhandlungen zwischen Millerand und dem Minister des Äußeren, des General Wrangell, in Paris über die Mittel und Wege einer von der Krim aus zu organisierenden Bekämpfung des Bolschewismus sahen möglich aus, durch die scharfe Absage Lloyd George scheint dieses Bemühen auf den toten Punkt gebracht zu sein, da er keinerlei Unterstützung verspricht, im Gegenteil jeden Offensivversuch General Wrangels entschieden bekämpft und verurteilt, größtenteils gezwungen durch das unaufhaltsame Vordringen der Roten Armee in Persien. Andererseits ist es sehr fraglich, ob Frankreich im Orient über genügend Truppen verfügt zur Offensive von der Krim aus.

Von diesem Standpunkte zeigt sich der erneute Friedensfühler des polnischen Außenministers Patek in einem ganz anderem Lichte. Es ist ein Eingeständnis

BÜRGERLICHE NACHRICHTEN.

Wirtschaftliches.

Rotterdam, 21. Juni. Wegen zu hoher Arbeitslöhne in England lassen englische Baumwollspinnereien in Holland arbeiten. In Kairo Preissturz der Textilwaren wegen Überlastungen der Lagerhäuser. Einstellung der Warenkreditierungen durch die Banken.

Dresden, 22. Juni. Übergabe der Kreiswerkstätten für Schwerbeschädigte an G. m. b. H. bei gleichzeitiger Erweiterung. Wiedereinführung Schwerbeschädigter ins Erwerbsleben.

New-York, 23. Juni. Fortgang des Preissturzes. Stoffe und Schuhwaren um 50 Proz. gefallen.

Berlin, 25. Juni. Anschwellen der Arbeitslosigkeit um etwa 10%. Sinken der Zahl der Bezieher von Erwerbslosenunterstützung.

Politisches.

London, 19. Juni. Lloyd George erklärt den Abordnungen der englischen und irischen Eisenbahner in Sache der Munitionssendungen nach Irland, daß die Regierung einer unabhängigen irischen Politik nicht eher zustimmen würde, als bis sie völlig zu Boden geschlagen wäre.

Wien, 22. Juni. Aufforderung der österreichischen Regierung, den Verkehr mit Ungarn aufrecht zu erhalten. Beschluß der ungarischen Regierung, den Gegenboykott durchzuführen.

Wien, 24. Juni. Vermittlungsaktion der österreichischen Regierung zwischen Gewerkschaftsbund und ungarischer Regierung.

Budapest, 24. Juni. WTB. Offiziersdetachements marschieren gegen Budapest. Außerordentliche Unruhe bei der Bevölkerung. Flucht vieler Politiker.

Warschau, 24. Juni. Koalition zwischen Arbeiter- und Bauernschaft zur Behebung der Regierungskrise.

REVOLUTIONS-NACHRICHTEN.

Wirtschaftliches.

Stockholm, 21. Juni. Die Charkower Textilindustrie ist vollkommen in Gang gesetzt. Die Produktivität der Arbeit ist um 40 Proz. gestiegen.

Berlin, 25. Juni. Der Berliner Vertreter der Sowjetregierung erklärt auf Befragen, daß in Moskau etwa eine Milliarde Mark in Gold lagert.

Mainz, 24. Juni. Lebensmittelkundgebungen in Köln, Krefeld, Bochum, Osnabrück. Schwere Lebensmittelunruhen mit blutigen Zusammenstößen.

Bremen, 25. Juni. Teuerungsunruhen. 50 Verhaftungen.

Ulm. Blutige Zusammenstöße. Demonstrationen in ganz Württemberg.

Politisches.

Wien, 22. Juni. Der Boykott gegen Ungarn in vollem Gang.

Mailand, 24. Juni. Generalstreik. Blutige Zusammenstöße.

Brüssel, 25. Juni. Negerstreik im Kongostaat.

Stettin, 25. Juni. Ausbreitung des Landarbeiterstreiks.

Aachen, Halle, Köln, 24. Juni. Proteste gegen Steuerabzug. Erregte Stimmung der Bergarbeiterschaft. Eingabe des Bergarbeiterverbandes ans Handelsministerium.

Moskau, 21. Juni. Flucht der Polen aus der Ukraine. Besetzung von Sitomir, Berdischew und Kasatin.

— KLASSEN-JUSTIZ. —

Zum Marburger Proletenmord.

Marburg, 19. Juni. In der Kriegsgerichtsverhandlung gegen die Marburger Zeitfreiwilligen wegen Erschießung der Thaler Gefangenen wurde heute das Urteil gefällt. **Sämtliche Angeklagten** wurden **freigesprochen**.

Das Gericht erkannte an, daß die Zeugen Barts, Arnold und Frau Wolf beleidigt und gemißhandelt seien. Dafür käme nur der Angeklagte Göbel und weitere Zeitfreiwillige in Betracht, die nicht unter den Angeklagten seien. Die Feststellung dieser Tatsachen wäre Aufgabe eines weiteren Verfahrens.

Das Marburger Schandurteil ist mehr als eine bloße Verhöhnung des Rechtsgefühls, es stellt in sich den Beweis dar, daß die Bourgeoisie sich durch den erwachenden sozialistischen Geist in ihren innersten Grundfesten bedroht fühlt und darum sich gar nicht erst mal die Mühe gibt, ihren Gewalturteilen den Schein des Rechtes zu geben, sondern daß sie ganz offenbar alle die begünstigt, die in ihrem Interesse Mordarbeit an Proletariern verüben.

Zur Beleuchtung dieses krassesten Falles der Klassenjustiz seien noch einmal die Punkte hervorgehoben, die unzweifelhaft das schreiende Unrecht des Urteils beweisen:

1. Der Verteidiger der Mordstudenten protestiert gegen die Anwesenheit eines Gefreiten als Richter und erreicht, daß an Stelle des Gefreiten ein Offizier (!) tritt.
2. Die 15 Arbeiter wurden verhaftet, obwohl sie an keiner bewaffneten Aktion beteiligt waren, sondern nur im Generalstreik standen.
3. Obwohl die angebliche Flucht der Gefangenen im Nebelwetter erfolgte, haben sämtliche Gefangenen Kopfschüsse.

Führwahr! Die weiße Justiz arbeitet sicher und konsequent. Wie lange noch, und wir haben den ungarischen Terror im Lande?!

In dieser Verbindung bringen wir eine Meldung der „Leipziger Volkszeitung“ vom 17. Juni, die den Marburger Schandfleck noch mehr verdunkelt:

Die „Sühne“ für Hochverrat.

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung der „L. V.“) Wie der „Vorwärts“ mitteilt, sind beim Untersuchungsausschuß für die Märzvorgänge im Reichswehrministerium gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf **Dienstentlassung und Beurlaubung** erkannt während der Rest durch Versetzung und Niederschlagen seine Erledigung fand. Um auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhüten, ist ein weiteres Referat für Beschwerden von Unterpersonal zuständig, mit einem Offizier, einem Unteroffizier und einem Zivilreferenten errichtet worden.

In der gleichen Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ befindet sich außerdem noch ein Beispiel für die Tätigkeit des außerordentlichen Kriegsgerichtes in Wesel, das wir nachstehend als prächtiges Gegenstück zu dem Urteil gegen die Kappverräter anführen:

Das Wüten der Kriegsgerichte.

„Das außerordentliche Kriegsgericht in Wesel hat am 30. März den 18jährigen Bergmann Ewald Müller aus Hamborn **zu fünf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt**, weil er sich als Angehöriger der sogenannten Roten Armee des **schweren Aufruhrs** schuldig gemacht haben soll. Müller hat **nur zwei Stunden Dienst getan**. Er war angesichts seiner Jugend mit der Waffe nicht ausgebildet, **konnte also auch nicht schießen**, und als von der Gegenseite das Feuern begann, **lief er zur Reichswehr über** und gab sich gefangen. In der **Begründung des Urteilsspruchs** heißt es wörtlich:

Von einer **Verhängung der Todesstrafe** hat das Gericht **Abstand genommen**, da der Angeklagte anscheinend **nur ein Mitläufer** ist und übergelaufen zu sein scheint, also nachträglich möglicherweise Bedenken bekommen hat.

Im übrigen wurden **mildernde Umstände versagt**. Wer sich einer Bewegung anschließt, die es offenbar nur auf Umsturz und Kampf gegen die rechtmäßige Regierung abgesehen haben kann, da am 26. Januar 1920 (muß wohl heißen 26. März, D. Red.) von einer Gefahr von rechts keine Rede mehr sein konnte, **verdient keine Milde**. Er hat bewußt dazu beigetragen sein Vaterland der Gefahr völliger wirtschaftlicher und politischer Vernichtung auszusetzen. Mit Rücksicht, darauf und weil der Angeklagte erst 18½ Jahre alt ist, erschien eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren erforderlich und angemessen.

Infolge seines gemeingefährlichen Verhaltens erschien es weiter erforderlich, ihm die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 10 Jahren abzuerkennen und die Polizeiaufsicht für zulässig zu erklären.

Das Gericht muß also selbst zugestehn, daß Müller nur ein Mitläufer war, trotzdem kommt es aber zu außergewöhnlich hoher Bestrafung. Der junge Mann sitzt gegenwärtig im Zuchthaus zu Brieg in Gemeinschaft mit alten, berufsmäßigen Verbrechern und ist den schlimmsten sittlichen Gefahren preisgegeben. Angesichts dieser Tatsache und mit Rücksicht auf die Ungeheuerlichkeit dieses Urteils muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß das Urteil schnellstens einer Revision unterzogen und Müller auf freien Fuß gesetzt wird.“

Brutaler und augenscheinlicher kann die Klassenjustiz wohl gar nicht mehr arbeiten. Auf der einen Seite Freispruch und wohlwollendes Verständnis für herzlose Mörder und Hochverräter, auf der anderen Seite rücksichtslose Gewalt gegen Proletarier, die sich im gerechten Kampfe gegen die Gewalthaber der Reaktion befanden.

Jugend vor die Front!

Felix Lewinsohn.

Reichstagswahl oder Rätesystem! Militärdiktatur oder Proletarierdiktatur! Bürgerlicher Staat oder proletarischer Staat! Imperialismus oder Weltrevolution! Kapitalismus oder Kommunismus!

Hie Bourgeoisie — Hie Proletariat!

Das sind die Parolen der proletarischen Revolution! und das sind die Parolen der vor dem Abgrund stehenden Bourgeoisie!

Den Kampf aufnehmen — ist das Gebot der Stunde!

Die Bergwerke, Fabriken, Wälder und Felder sind reif zur Sozialisierung. Das Proletariat ist reif zur Übernahme der Macht! Was noch fehlt, ist der Sturmtrupp die Avantgarde des Proletariats, die das Signal gibt, die durch unverwüstlichen Opfermut mit glühender Begeisterung all die tausenden Unentschlossenen mit im Strudel der Revolution fortreißt.

Die Jugend gehört an die Spitze des Kampfes für die Jugend des Kommunismus! Die Jugend muß Abscheu empfinden an allem Alten und muß unermüdlich für alles Junge Kämpfen, für jungen Geist und für junge, reine Verhältnisse, wie sie im Kommunismus zu finden sind.

Jugend:

Vor die Front!

Seht Ihr, wie die Söhne der Besitzenden sich in den Noskegarden zusammenschließen? Seht Ihr, wie sie dort zum Entscheidungskampf drängen? Trotzdem die Bourgeoisie in der Zersetzung begriffen ist, wagen es die Jünger der besitzenden Klasse, sich mit dem Schwert in der Hand zu verteidigen.

Kennt Ihr die Geschichte der bürgerlichen Revolution von 1848? Mit Heldenmut kämpfte die Jugend des Bürgertums, kämpften junge Studenten um ihr Ziel und traten als Avantgarde auf.

Und wie damals die Studenten der Bourgeoisie mit ihrer jungen Begeisterung voranstürmten, — so müßtet Ihr „Studenten des Proletariats", Ihr jungen Arbeiter Arbeiterinnen mit all Eurem revolutionärem Elan voranstürmen. Wollt ihr lediglich die Gleichgültigen, die Nutznießer der proletarischen Revolution sein — oder wollt ihr als Kämpfer, als Helden und als Sieger der proletarischen Revolution gelten?

Wollt Ihr letzteres, so müßt Ihr Euch in der proletarischen Revolution organisieren.

Schafft kommunistische Jugendorganisationen!

und wo welche bestehen, stärkt ihre Reihen. **Sammelt Euch in den kommunistischen Jugendorganisationen!**

In diesen Organisationen besprechen die Jungen, wie sie am besten den Sieg der Arbeiterrevolution erkämpfen können. Da wird die Jugend sich militärisch ausbilden, um den Kampf aufnehmen zu können. Dort wird die Jugend zu allen politischen Ereignissen Stellung nehmen, um den Kampf offenen Auges entgegenzusehen.

All' diese Aufgaben wollen und müssen gelöst werden. Diese zu lösen, bedarf es einer kommunistischen Jugendorganisation. Diese ist der Vortrupp der Revolution. Sie muß sich Geltung verschaffen in Stadt und Land!

Deshalb an's Werk, schafft in jedem Dorf, in jeder Stadt eine solche Organisation, worin sich findet die Avantgarde des Proletariats.

Jugend heraus! Vor die Front!

Es lebe die Weltrevolution!

Die Denunzianten an der Arbeit.

Ein arbeiterfeindliches Treiben der KPD.

Der Chemnitzer „Kämpfer" hat seit der Gründung der KAP. eine Reihe Artikel und Notizen gegen uns gebracht, die von Unflätigkeiten, Verleumdungen und gemeinen persönlichen Gehässigkeiten strotzen. Wir wegen uns grundsätzlich, uns auf ein solches Niveau „geistigen" Kampfes herabdrücken zu lassen, und haben bisher dazu geschwiegen. Im gleichen Maße jedoch, wie unsere Organisation erstarkt, sich ausbreitet und Ortsgruppe auf Ortsgruppe von der KPD. zur KAP. übergeht, im gleichen Maße steigert sich die Dreistigkeit, mit der besonders die Pirnaer Berichterstatter des „Kämpfers" verleumden. Dazu denunzieren sie und lügen das Blaue vom Himmel herunter. Nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern weil das Treiben dieser Renner und Konsorten arbeiterfeindlich im schlimmsten Sinne ist, sind wir gezwungen, zu einem ihrer Machwerke eine Stellung zu nehmen.

Im „Kämpfer" No. 95 wird unter der Überschrift „Die Provokateure an der Arbeit" behauptet, am 27 Juni sei beim Gen. H. Günther — Mügeln ein Kurier erschienen, der die Alarmierung der Arbeiterschaft des Bezirkes Mügeln gefordert habe, „da aus Dresden die Rote Armee im Anzuge sei". Weiter habe in Gasthof Mügeln eine KAP.-Größe erklärt, Heidenau solle alarmiert werden, um die „Dresdner Armee" zu empfangen. Diesen Behauptungen wird von dem Berichterstatter folgendes beigefügt:

> Die Treibereien der Dresdner KAPD. nehmen immer mehr den Charakter von Spitzeltätigkeit an. Wir können uns des Gedankens nicht erwehren, als habe man die Abgesandten der Herren L. u. M. nur zu dem Zwecke gesandt, um der Regierung behilflich zu sein, „die Arbeiter zu entwaffnen (!) oder die Arbeiter den Spitzeln und Spürhunden der Regierung auszuliefern."

Nach einwandfreier Untersuchung des Falles stellen wir fest, daß der bei der betreffenden Übung führende Gen. Menzel zwar eine schwere Unterlassungssünde begangen, indem er unsre Mügelner Genossen nicht schon einige Tage vorher von unserm Marsch verständigte. (Daraus wird M. die Konsequenzen ziehen, — was es in der KPD. eben nicht gibt)! Es handelte sich aber nicht um eine „Alarmierung", um den „Empfang einer Dresdner Armee" um eine Generalprobe, „ob's klappt, wenn mal was los ist". überhaupt nicht um eine Rote Armee, sondern lediglich um eine Verschiebung unserer Genossen, die gern in Mügeln noch ein Stündchen mit dortigen Genossen zusammensein wollten. Darüber waren sich auch alle Mügelner völlig im Klaren und vor allem der Gen. Günther von der KPD

Wenn nun Renner (der Berichterstatter) mittels solcher Verdrehungen und Unterschiebungen von einer Gefahr der Entwaffnung der Arbeiter spricht, die absolut nicht bestand und uns dieses Verbrechens bezichtigt, so erkennt doch jeder mit Verhältnissen Vertraute, daß es Renner ist, der eben erst durch seine Entwaffnungs-Verleumdung die Mügelner Arbeiter an die Regierung verrät, und den „Spitzeln" und Spürhunden ausliefert.

Den Gipfel der Frechheit (oder Dummheit?) leistet sich R. am Schlusse:

> „Dutzende von Meldungen aus dem ganzen Reiche beweisen, daß in der KAP. ein riesiges Heer von Spitzeln der Regierung Helfersdienste leistet, in Halle, Berlin usw., und oft sitzen sie in führenden Stellungen. Warum sollte es in Dresden anders sein?"

Glänzend, nicht wahr? Eine Schufstigkeit nur so aus dem Ärmel geschüttelt! Viele unserer Genossen haben Renner hartnäckig als Offizierespitzel bezeichnet. Wir sind dem bisher energisch entgegen getreten, wie auch die Verdächtigung Paul Levy's als Lockspitzel von Hamburg aus (ohne triftige Beweise) stets zurückgewiesen haben, weil wir glaubten, daß dies für einen Proletarier die schlimmste Anklage ist.

Wenn aber ein Novembersozialist, den die Arbeiter seiner Parteiorganisation im Rheinland zum Teufel gejagt haben, wenn ein Intellektueller, der noch keinen Tag und keine Stunde unbezahlt dem politischen Kampfe geopfert, uns mit solchen schmutzigen Verdächtigungen kommt, da ihm auch hier die Felle davon schwimmen, so weigern wir uns, mit ihm zu diskutieren oder zu kämpfen. Nochmals: wir werden uns von einem Schmutzfinken und Streber nicht in den Dreck ziehen lassen!

Dem „Kämpfer" aber möchten wir in bezug auf Spitzelverdächtigungen entgegenhalten, was er selbst in seiner nächsten Nummer (96) gegenüber der SPD. schreibt:

> „..... **Daraus geht schon hervor, daß jede Partei, die der herrschenden Klasse ernsthaft gegenübersteht, von dieser bespitzelt und verleumdet wird. Wenn daher die Vorwärtspartei heute spitzelrein ist, so zeigt das am besten, wie ungefährlich sie für die Bourgeoisie ist.**" (!!!) — — —

Sollte die KPD. in Chemnitz und Pirna etwa auch spitzelrein sein?? — — — —

Im übrigen möchten wir diejenigen, welche es angeht, daran erinnern, daß ihre Revolutionsromantik uns im Vorjahre Spitzel nach Dutzenden in die Organisation gebracht hat. Siehe Roter Soldatenbund, Generalstreik vom Januar usw. Wir lehnen es ab, die Namen der betr. Führer der Chemnitzer und Pirnaer KPD. hier zu nennen, weil uns solche Denunziations-Methoden völlig widerstreben. Wenn aber heute in den ostsächsischen Gruppen der KAP trotz ihres konsequenten Klassenkampf-Standpunktes Spitzel und Provokateure keinen Einfluß mehr haben, so danken wir dies dem eisernen Besen, mit dem wir den Augiasstall spartakistischer Korruption ausgefegt haben.

*

Ein kleines Denunziationchen leistet sich gelegentlich schadenfroher Ausschlachtung des „Kämpfer"-Artikels die „Dresdner Volkszeitung". Sie drückt ihre Verwunderung darüber aus, „daß sich das alles so offen unter den Augen der Polizei und Publikum abspielen kann, ohne daß die weitere Öffentlichkeit etwas davon erfährt!" — und spricht von den „Kreisen der Unterrichten". — Der Zweck heiligt das Mittel. Echt jesuitisch. Die Revolutionswimmler am Wettiner Platz sind zwar genau orientiert. Die Redaktion der Dr. V. erhielt regelmäßig Exemplare unsrer Zeitung, auch die No. 25 mit dem Aufruf zu den Hellerübungen. Man weiß dort auch sehr gut durch wohlbestallte Langohren, daß wir nichts zu verheimlichen haben, daß wir vollständig legal arbeiten: Nacht nichts, die KAP. beginnt in Ostsachsen eine Gefahr zu werden für die Herrlichkeit sozialpatriotischen Führertums. Deshalb der Schrei nach dem Staatsanwalt.

Wie sagten doch Ebert und Scheidemann? — „Nur die Arbeit kann uns retten." — Ja, ja, die Arbeit — des Staatsanwaltes!!

Aus der Bewegung.

Es geht vorwärts!

Lausitz. Wir konnten in unsrer letzten Nummer von einem schönen Erfolg der Allgem. Arbeiter-Union in dem großen Lautawerk berichten. Inzwischen haben sich dort und auch in der benachbarten Grube „Erika" starke Betriebsorganisationen gebildet, die am 30. Juni und 1. Juli öffentliche Versammlungen mit Gen. Heynemann als Referanten abhielten. In Lautawerk hatten die Gewerkschaften nicht weniger als 4 Diskussionsredner aufgeboten; trotzdem fanden die Ausführungen unseres Redners allgemeine Zustimmung. Auf „Erika" griff nur 1 Gegner, aber weit gemäßigter als zuvor, in die äußerst sachliche Debatte. — Die Ortsgruppen „Lauta" und „Erika" des Spartakusbundes sind inzwischen zur KAP. übergetreten und haben sich dem Wirtschaftsbezirk Ost-Sachsen angeschlossen. Die Parteigruppen stehen auch hier in engster Fühlung mit dem Betriebsorganisationen.

Aus der Partei.

Parteitag.

Der Zentralausschuß hat den 1. ordentlichen Parteitag auf Sonnabend, den 31. Juli einberufen. Dazu hat der erweiterte Bezirksausschuß Ost-Sachsen am 30. Juni Stellung genommen und ladet für Sonntag den 8. Juli vormittags 9 Uhr nach Dresden-A., Scheffelstr., Rest. Hirsch am Rauchhaus, I. Etge., zu einer Bezirkskonferenz ein, wo vor allem die Delegierten zum Parteitag gewählt werden sollen. Näheres erfahren die Gruppen durch Rundschreiben.

Die Tagesordnung zum Parteitag lautet:

1. Geschäftsbericht: a) Organisation. b) Kassenbericht.
2. Stellungnahme zum Programmentwurf. Ref. Genosse Dr. Schröder-Berlin.
3. Referat: Nation und Klassenkampf. Referent: Genosse Stahl-Berlin. Korreferent: Gen. Laussenberg-Hamburg.
4. Stellungnahme zur dritten Internationale.
5. Wahlen. 6. Verschiedenes.

Parteidisziplin.

Der erweiterte Bezirksausschuß Ost-Sachsen hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen:

„Der geschäftsführende Ausschuß wird beauftragt, mit denjenigen Ortsgruppen, die ihren finanziellen Verpflichtungen dem Bezirk, der Buchhandlung, oder der Zeitung gegenüber nicht ganz korrekt nachkommmen, jede Verbindung abzubrechen."

Sammelt für die Anteilscheine!

Die Gruppen-Vertreter der Buchhandlungs-Anteilscheine für den Bezirk Ost-Sachsen haben sich in ihrer Sitzung v. 4. Juli als Buchhandlungs-Ausschuß konstituirt.

Gewählt wurden eine Geschäftsleitung (Vorsitzender: Gen. Andreas-Coschütz, Kassierer: Gen. Storch-Dresden, Schriftführer: ein Genosse vom Industriebezirk Südost und eine 5gliedrige Literarische Kommision. Die Kassengeschäfte der Buchhandlung und der Zeitung gehen vom Bezirkskassierer auf Gen. Storch über. Aufgabe der Gruppen und Unterbezirke ist nun, eifrig zur Zeichnung von Anteilscheinen zu sammeln, damit das neue Unternehmen erfolgreich weiterschreitet. Alle Propagandakosten müssen aus eigenen Mitteln bestritten werden!

Alle Geldbeträge für den Bezirkskassierer (Mitglieds- und Extrabeiträge, Geld für Kampffonds- und 50 Pfg.-Unterstützungsmarken und für Sammellisten) ist von jetzt ab nur an Gen. Max Klopf, Dresden-A 28 Weidenhalstr. 49, II zu senden Alle Geldbeträge für die Buchhandlung jedoch (Broschüren und Zeitung) an Gen. Karl Storch, Dresden-A., Schäferstr. 32.

Versammlungs-Kalender.

Kommunistische Arbeiter-Partei (KAP.).

— Wirtschaftsbezirk Ost-Sachsen. —

Bezirkskonferenz: Sonntag, 18. Juli, vorm. 9 Uhr in Dresden-A., Scheffelstraße, Rest. z. Rauchhaus.

Unterstützungskommission: Donnerstag, 15. Juli, abds. 6 Uhr im Rest. Kaden, Seminarstr. 23, wichtige Sitzung. Erscheinen der Delegierten von Groß-Dresden und Umgebung ist Pflicht.

— Groß-Dresden. —

Sportübung fällt am Sonntag, den 11. Juli aus. Dafür findet Sonntag, 18. Juli eine **Wanderung** statt. Treffpunkt usw. wird noch bekanntgegeben.

Gruppe Altstadt: Rest. „Stadt Braunschweig", Jakobsgasse. Dienstag, 13. Juli, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Vortrag über „Lohnarbeit und Kapital".

Gruppe Striesen: Rest. „Wartburgschänke", Wartburg-Ecke Allemannestr. Montag, 12. Juli, abds. 7 Uhr, Mitgl.-Versammlung. Vortrag über „Lohnarbeit und Kapital".

Gruppe Löbtau: Rest. Frankenberg (Witter), Frankenberg-, Ecke Roonstr. Dienstag, 12 Juli, abends 7 Uhr, Mitgl.-Versammlung.

Gruppe Cotta: Rest. „Stadt Dresden", Oderwitzerstraße 12. Montag, 19. Juli, abends 1/2 8 Uhr. — Mitgl.-Versammlung. Vortrag des Gen. Jäänig über „Erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen."

Gruppe Neustadt: Rest. „Schönburger Hof", Försterestr. 36. Dienstag, 13. Juli, abends 7 Uhr. — Mitgl.-Versammlung.

Gruppe Pieschen: Rest. „Grundstein", Leisniger Str. 12. Dienstag, 13. Juli, abends 7 Uhr. — Mitgl.-Versammlung.

Gruppe Radebeul: Rest. „Waldschänke". Mittwoch, 14. Juli, abends 1/2 8 Uhr. — Mitgl.-Versammlung.

— Unterbezirk Plauenscher Grund. —

Gruppe Deuben: Sonntag, 11. Juli, nachm. 1 Uhr: Stellen zum Ausflug am Augustabad. — Sonnabend, 17. Juli, abends 1/2 8 Uhr im Augustabad Mitgl.-Vers.

Gruppe Coschütz/Gittersee/Burgk/Kleinnaundorf: Rest. Hamann, Burgk. Montag, 19. Juli, abends 1/2 8 Uhr. — Mitgl.-Versammlung.

— Industriebezirk Süd-Ost. —

(Ortsgruppen Laubegast, Leuben, Zschachwitz, Lockwitz.)

Generalversammlung: Dienstag, 13. Juli, abends 7 Uhr, im Gasthof Leuben. Wichtige Tagesordnung!

— Unterbezirk Pirna-Heidenau. —

Gruppe Pirna: Volkshaus (Weißes Roß). Dienstag, 20. Juli, abends 1/2 8 Uhr. — Mitgl.-Versammlung.

— Unterbezirk Meißner Hochland. —

Gruppe Neustadt u. Umg.: Mitgl.-Versammlung jed. Freitag nach dem 1. u. 15. jeden Monats, abds. 8 Uhr im Deutschen Haus. Alle Parteiliteratur („Kommunist") zu beziehen durch Gen. Max Barthel, Neustadt, Malzgasse 6.

— Unterbezirk Zittau. —

Gruppe Zittau: Rest zur „Mandau". Montag, 12 Juli, abds 8 Uhr. — Mitgl.-Versammlung.

Daselbst Aufnahme neuer Parteimitglieder.

Verantwortlich: Carl Adler-Dresden.
Druck: E. Kunath, Heidenau.

Der Kommunist

Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Sachsen).

Nr. 28. | Erscheint möglichst jeden Freitag. | Dresden, im Juli 1920. | Verlag u. Expedition: Buchhandlung der K. A. P. Dresden-A., Seminarstr. 23, p. | Preis 40 Pfg. Durch die Parteiausträger frei Haus 5 Pfg. Bestellgeld extra.

An das Proletariat aller Länder.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Das Räterußland der freien Arbeiter und Bauern soll erwürgt werden. Warum? Weil sein bloßes Dasein den Arbeitern aller Länder ein großes Beispiel ist. Es lehrt die Arbeiter, aus eigener Kraft den Weg zur Freiheit zu gehen.

Die Heere der **Kolischak** und der Ententekapitalisten konnten die Rote Armee des freien Rußland nicht bezwingen. Nun haben die Ententekapitalisten die Heere Polens gegen die Sowjetrepublik gehetzt. Die Kapitalisten aller Länder unterstützen den Feldzug durch Geld, durch Entsendung von Waffen, Munition, Heeresbedarf jeder Art

Arbeiter, Arbeiterinnen! Das darf nicht sein! Folgt dem schönen Beispiel, daß Euch Schwestern und Brüder in Triest und anderen italienischen Städten gegeben. Faßt die ähnlichen Beschlüsse, die die besten englischen Gewerkschaften gefaßt und durchgeführt haben. Haltet alle Transporte an, von denen Ihr wißt oder vermutet, daß sie zur Unterstützung des polnischen Feldzuges bestimmt sind. Nicht ein Waggon mit Mordwerkzeug, mit Kleidung, Stiefeln usw. für polnische Truppen, mit Werkzeugmaschinen für die mit Hilfe des französischen Kapitals entvandenen polnischen Munitionsfabriken darf fürder die Grenzen Eures Landes überschreiten. Die Arbeitsmittel, Arbeitskräfte, Verkehrseinrichtungen dürfen nur einen Zweck dienen: Lebensmittelbedarf zu erzeugen, der dem Elend der arbeitenden darbenden Massen steuert.

Gegen die vereinigten Kapitalisten die Macht der einigen Proletarier!

Arbeiter, Arbeiterinnen! Tut Eure Pflicht! Ihr helft damit nicht bloß Eurern russischen Brüdern und Schwestern, Ihr verteidigt Eure eigenen Interessen. Ein unbezwingenes Räterußland ist ein Unterpfand für den Frieden, die Freiheit aller Völker.

Nieder mit dem Krieg gegen Räterußland.

Hoch Räterußland! Hoch die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder!

Juni 1920.

Westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale.

Spaa und Rußland.

Von A. Sigrist.

Die Räuberbande, die sich in der „siegreichen" Entente zusammengetan hat, hat's nicht leicht. Man ist sich zwar darin einig, daß aus dem ohnehin bankrotten Deutschland so viel als irgend möglich herausgeschunden werden soll. Aber man kann sich nicht einig werden über die Frage, wie das geschehen soll, und noch viel weniger darüber, wer die Raub verteilt werden soll. Allerdings sieht man aus der ganzen Haltung der deutschen Regierung, daß sie sich bereits völlig in die schamlose Rolle des betrügerischen Bankrotteurs gefunden hat, der seinen Gläubigern mit verschränkten Armen sagt: seht euch nur an, wie schlecht es mir geht, und zerbrecht euch bitte euern Kopf darüber, wie ich zahlen soll; es ist ja euer Interesse, was geht das mich an.

Die Bourgeoisien der ehemaligen Entente aber können keinen Vorschlag machen, d. h. keinen gemeinsamen. Frankreich, selbst am Rande des Bankrotts, muß um Gotteswillen endlich einmal Geld sehen — genauer gesagt: Geld und Kohlen. Nachdem alle Versuche, aus Sowjetrußland das Geld der Millionen französischer Kleinbürger herauszuholen — das Geld, das dem Zarismus vorgestreckt wurde — mißglückt sind, ist Deutschland das einzige Land, aus dem man noch hoffen kann, etwas herauszuschlagen. Der Überschuß der französischen Einfuhr über die Ausfuhr ist im Monatsdurchschnitt gegenüber dem Jahre 1913 auf das 13 — 14 fache angeschwollen. Das bedeutet, daß Frankreichs zerrüttete Wirtschaft nur noch einen geringen Teil dessen selbst erzeugen kann, was es braucht, und daß es in die durch den Krieg begonnene Schuldenwirtschaft immer tiefer hineingerät Es braucht etwa 22 Milliarden Steuern im Jahre 1920, und kann nur die Hälfte davon aufbringen. Kurz und gut, es ist in der Lage eines geängstigten Gläubigers, der auf keinen Fall mehr warten kann, weil er sonst in die Pleite des Schuldners mit hineingerissen wird.

England, obwohl auch schon ernstlich bedroht, hat doch den viel längeren Atem. England kann immer noch warten. Und England weiß, daß man aus einem Schuldner viel mehr herausholen kann, wenn man ihm zunächst Betriebskapital läßt oder sogar noch gibt und dann nur sein Geschäft unter Aufsicht nimmt. In der Sprache der Finanzwelt nennt man so etwas eine Sanierung, und eine Sanierung kann ein gutes Geschäft sein, wenn auch in der Regel der Profit erst in einem bis zwei Jahren zu fließen beginnt.

Italien, wirtschaftlich ähnlich ausgepowert wie Frankreich, wegen seiner ausgedehnten Küste von der Seemacht Englands abhängig, treibt nur scheinbar seine eigne Politik: in Wirklichkeit läßt es sich völlig von England als Sturmbock gegen Frankreich benutzen und sucht dabei seine kleinen Sondervorteile herauszuschlagen.

Sie alle wünschen sich gegenüber Deutschland, wie jene 3 Damen in der „Zauberflöte", „noch wär ich doch mit ihm allein!" Aber gleichzeitig wissen sie, daß dieser böswillige Schuldner nur durch Einigkeit der Gläubiger zu etwas zu zwingen ist. Und da England der stärkste ist — und da England außerdem durch seine Verschuldung an den noch stärkeren Konkurrenten Amerika gezwungen ist, seine Interessen auf nachdrücklichste zu wahren — so wird das Ergebnis von Spaa wohl in der Hauptsache von Englands Interessen diktiert sein.

Aber ach, England weiß ja selbst nicht genau, was es vorschlagen soll. Es hat deutlich genug der deutschen Regierung die Aufgabe zugeschoben, ein positives Programm nach Spaa mitzubringen. England selbst weiß nur zwei erlei: erstens daß Deutschland arbeitsfähig und leistungsfähig erhalten werden muß, tributfähig erhalten werden muß, selbst wenn ihm zu diesem Zweck Ober-Schlesien zugestanden werden müßte, (zum Schrecken Frankreichs, das den starken polnisch-tschechisch-ungarisch-rumänischen Block gegen Sowjetrußland wünscht) — und zweitens, daß man die deutsche Wirtschaft unter Aufsicht stellen muß: die Aufgabe des englischen Botschafters ist es, diese Aufsicht zu Englands Gunsten zu organisieren.

(Schluß folgt).

Neue Baltikum-Abenteuer!

Nachrichten über die Aufstellung einer konterevolutionären Armee in Ostgreußen schwirren herum. Der Organisator der Bewegung ist dort der russische Politiker Gutschkow.

„Auch auf den pommerschen Gütern wimmelt es von Baltikumern, die Städte sind angefüllt mit Reichswehrformationen. Es ist hier mehr Militär als vor dem Kriege Die Reichswehr soll zwar aufgelöst werden, doch geschieht dies wie es mit den Baltikumern geschehen ist: sie werden zu Arbeitskompagnien zusammengestellt und in der Torffabrikation auf Ziegeleien und Rittergütern verteilt. Sie bleiben Soldaten und bekommen weiter außer dem Arbeitsverdienst ihre Soldatenlöhnung.

Außerdem wird hier in aller Eile eine ganz neue Formation aufgestellt Es ist eine sogenannte Arbeitsarmee, die nach Rußland gehen soll Dies geschieht ganz im Geheimen".

Offenbar gelüstet es den russischen Konterevolutionären, zusammen mit ihren deutschen Gesinnungsgenossen das Bermont-Abenteuer zu wiederholen. Die internationale Lage drängt sie zum Losschlagen. Die bevorstehende Konferenz in Spaa, in der durch die Durchführung der Entwaffnung der Offiziere clique das Urteil über ihre weitere politische Existenz vollstreckt werden soll, zwingt sie, ihre konterrevolutionäre Zuverlässigkeit vor ganz Europa zu beweisen. Sie will es tun, indem sie einen neuen Feldzug gegen Räterußland eröffnet.

Wie glänzend organisiert bereits der Anschlag ist, zeigt eine schwedische Zeitungsnotiz, aus der klar und deutlich hervorgeht, zu welchem Zweck der finnische Mördergeneral Mannerheim in Berlin war Die schwedischen Blätter berichten, daß im Hafen von Gangö der deutsche Segler „Merkur" eingetroffen ist, dessen Besatzung ausschließlich aus deutschen Offizieren bestand, und der Kriegsmateriol aller Art am Bord hatte. Die Ladung war für den Major v. Coler, früher deutscher Offizier, jetzt in finnischen Diensten und Chef der Besatzungstruppen von Gangö, bestimmt.

Gleichzeitig wird bayrisches Heeresgut mit Lastautomobilen nach Tirol geschafft zur Vorbereitung eines monarchistischen Putsches in Österreich. Der Führer eines solchen Waffenautomobils, der in Tirol verhaftet wurde, hatte einen von dem bayrischen Landesrat Steidle ausgestellten Paß. So arbeiten die Konterrevolutionäre überall unter der Mitwirkung oder wenigstens Duldung der deutschen Behörden.

Und wozu haben wir die Reichswehr? Herr Geßler sagt uns darüber Bescheid. Das U. T. B. meldet:

> Reichswehrminister Geßler erklärte dem Vertreter des „Matin" Jules Sauerwein, das deutsche Volk könne sich nicht wieder erheben und seine Verpflichtungen erfüllen, wenn es nicht den inneren Frieden sicherstellen könne Deshalb sei es unbedingt notwendig ein Heer von 200 000 Mann zu unterhalten. Die Erfahrungen der letzten 18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 100 000 Mann nicht genügten. Zur Bekämpfung der Unruhen im März 1919 seien 45 000 Mann notwendig gewesen, zur Niederwerfung der Sowjets in München im April 19 9 33 000 Mann, zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg im Juli 1919 19 000 Mann und im letzten Frühjahr seien im Ruhrgebiet 40 000 Mann tätig gewesen. Mit 100 000 Mann müsse man große Teile deutschen Gebietes ohne Schutz lassen. Auch die Entlassung von 50 000 oder 100 000 Soldaten bedeute eine Gefahr, da die Entlassenen meistens zu extremen Parteien übergingen. Ohne ein Heer, das fähig sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sei die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete des Wiederaufbaues illusorisch.

Für diese Offenheit hat der Arbeiter nur dankbar zu sein. Geßler geht offizell nicht nach Rußland. Er hat das nicht mehr nötig. Die inoffiziellen militärischen Geheimbünde besorgen dies zur Genüge Es rüstet sich auf ein Baltikum in Deutschland.

Arbeiter!

Übt Solidarität mit unseren russischen Brüdern Verweigert deshalb jede Herstellung von Waffen und Munition. Haltet Unaufgeklärte energisch von der Herstellung ab Verhindert alle Transporte von Waffen und Munition. Bedenkt: Ein Niederschlagen der Sowjet-Macht bedeutet ein Zurückschlagen der Weltrevolution.

Moskauer Tagesordnung.

Die Tagung des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale findet Juli in Moskau statt. Die von der Exekutive vorgeschlagene Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Exekutivkomitees.
2. Berichte der Delegierten.
3. Revolutionäre Situation und Ziele der Kommunistischen Internationale.
4. Parlamentarismus.
5. Gewerkschaften und Betriebsräte.
6. Rolle und Struktur der Kommunistischen Partei vor und nach der Machtergreifung durch das Proletariat.
7. Nationale und koloniale Frage.
8. Landfrage (vermutlich in der Übermittlung verstümmelt.
9. Allgemeine Haltung bezüglich der neuen Parteien, die die kommunistische Plattform und die Bedingungen ihres Anschlusses an die 3. Internationale annehmen.
10. Statut der Kommunistischen Internationale.
11. Fragen der Organisation. Legale und illegale Organisation Frauenorganisation.
12. Verstümmelt in der Übermittlung.
13. Wahlen.

Spaa —

Konferenz der Bourgeoisie:

Wie verstärken wir die Ausbeutung der Arbeiter?

Moskau —

Konferenz der Proletarier:

Wie befreien wir die Arbeiter von der Lohnklaverei?

Gemeinsame Parole:

Das Schwergewicht der politischen Lage liegt in

Deutschland!